

Name:

Anschrift:

Vorname:

Landesamt für Finanzen

Gz: -

Geschäftszeichen bitte angeben!

Postfach 19 05
92609 Weiden i.d.Opf.

Anlagen: ☐ Werdegangsblatt (bei Neuzugängen)
☐

Mitteilung über bezügerelevante Daten

Belege bitte nicht heften, klammern oder aufkleben.

☐	Änderung der persönlichen Verhältnisse (soweit bekannt)			
☐	Name, Vorname, Namenszusätze			
☐	Anschrift des Hauptwohnsitzes i.S.d. §§ 21 Abs. 2, 22 BMG (Straße, Nummer, PLZ, Ort, ggf. Land)			seit (Tag, Monat, Jahr)
	-siehe auch Hinweis III und IV-			
☐	Familienstand	☐ verheiratet	☐ verwitwet	☐ geschieden
	☐ dauernd getrennt lebend			
	(Tag, Monat, Jahr)			
	seit:			
	Nachweise (soweit vorhanden) bitte beifügen !			
☐	Änderung der dienstlichen Verwendung			
☐	Abordnung	☐ Versetzung	☐ Zuweisung	ab: bis:
	neue Dienststelle (Außenstelle)		Dienststellenschlüssel	Buchungsstelle(Kap./Titel)
☐	Zulage berechtigende Verwendung		ab:	bis:
	Rechtsgrundlage			
☐	Änderung der Arbeitszeit			
☐	Vollbeschäftigung		ab:	bis:
☐	Teilzeitbeschäftigung		ab:	bis:
☐	Teilzeitbeschäftigung während eines Erziehungsurlaubes		ab:	bis:
	Rechtsgrundlage:		Wochenstunden (ggf. abweichendes Regelstundenmaß) oder Arbeitszeitanteil	

☐	Beurlaubungen usw.			
☐	Grundwehr-/ Zivildienst ☐	Mutterschutzfrist ☐	Elternzeit ☐	Name und Geburtsdatum des Kindes
☐	schuldhaftes Fernbleiben vom Dienst ☐		Sonderurlaub ohne Dienstbezüge ☐	im dienstlichen Interesse ☐ ja ☐ nein
☐	sonstiger Zeitraum ohne Dienstbezüge			
Rechtsgrundlage			ab:	bis:
☐	Ernennung bzw. Übertragung eines Amtes ¹			
Ernennung mit Wirkung vom		zum (Dienstbezeichnung)		BesGr Einweisung in die Planstelle zum:
Urkunde / Verfügung vom		Ausgehändigt am	☐ wird gesondert mitgeteilt	
Dienststelle (Außenstelle)		Dienststellenschlüssel		Buchungsstelle(Kap./Titel)
☐	Dienstantritt (z. B. nach Beurlaubung/Ernennung)			
am		Grund	bei (Dienststelle)	
☐	Beendigung des Beamten- / Dienstverhältnisses(z. B. Entlassung / Ruhestand)			
ab		Grund	Verfügung ausgehändigt am	
			☐ wird gesondert mitgeteilt	
☐	Sonstige Mitteilungen			
☐	z.B. Zeiten von Dienstunfähigkeit, soweit sie Auswirkungen auf Bezüge haben (Zulagen, Fahrtkostenzuschuss, Hausdienstvergütung., Dienstkleidungszuschuss und dergl.)			
ab:		bis:		
Sonstiges				

.....
Unterschrift

Hinweise:

- I. Selbstverständlich bleibt es den Personal verwaltenden Stellen unbenommen, bereichsspezifische Angaben zusätzlich in den Vordruck mit aufzunehmen.
- II. Der Vordruck ersetzt nicht die vom Zahlungsempfänger unmittelbar vorzulegenden Mitteilungen und Erklärungen (z.B. OFZ-Erklärung, Erklärung zum Hauptwohnsitz usw.).
- III. Die Mitteilung des Hauptwohnsitzes dient der Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen für die Gewährung ort- und familienbezogener Besoldungsbestandteile. Als Nachweis gilt die melderechtliche Bescheinigung i.S. § 18 Bundesmeldegesetz (BMG)
- IV. **Auszug aus dem Bundesmeldegesetz (BMG):**
 § 21 Abs. 2: Hauptwohnung ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Einwohners.
 § 22 Abs. 1: Hauptwohnung eines verheirateten oder eine Lebenspartnerschaft führenden Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie oder seinem Lebenspartner lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie oder der Lebenspartner.
 § 22 Abs. 3: In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen des Einwohners liegt.
 § 22 Abs. 4: Kann der Wohnungsstatus eines verheirateten oder eine Lebenspartnerschaft führenden Einwohners nach den Absätzen 1 und 3 nicht zweifelsfrei bestimmt werden, ist die Hauptwohnung die Wohnung nach § 21 Absatz 2.

¹ Eine schriftliche Mitteilung anlässlich der Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit ist nicht erforderlich (nicht bezügelerlevant).